

KOMMENTAR VON TOBIAS MÜLLER, AMSTERDAM

Die nationalistische Internationale

Die Opposition gegen die EU bringt Europas Rechtsparteien zusammen. Hinter überladener Rhetorik steckt eine ernst zu nehmende Kampfansage.



Noch sind sie nur lose verbunden: Marine Le Pen vom Front National und Franz Obermayr von der FPÖ sind Mitglieder der Europäischen Allianz für Freiheit. FOTO: VINCENT KESSLER, REUTERS

Geert Wilders rief, und alle kamen: die Schwedendemokraten, die italienische Lega Nord, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), der Vlaams Belang aus Belgien und der französische Front National (FN). Mit deren SpitzenvertreterInnen traf sich der niederländische Rechtspopulist in den letzten Monaten, um für die EU-Wahlen im Mai 2014 Möglichkeiten einer gemeinsamen Kampagne zu besprechen. «Eine Faust gegen Brüssel» nennt Wilders das, oder: «Zusammenarbeiten, um die Europhilen zu schlagen».

Bei dieser einen Kampagne dürfte es nicht bleiben, denn es gibt bereits weitergehende Ansagen: Wilders Partei für die Freiheit (PVV) strebt den Austritt aus der EU und der Eurozone an. Und Front-National-Chefin Marine Le Pen prophezeit der EU einen Zusammenbruch nach sowjetischem Vorbild. Offenbar will man nun mit vereinten Kräften der EU ein Grab ausheben. Dieses Ziel hat Wilders so formuliert: «Wieder Herr sein über das eigene Land, das eigene Geld, die eigenen Grenzen.»

Ein rechter Block, der die verhasste Union von innen bekämpft: Das ist der Anspruch. Eine ernst zu nehmende Kampfansage ist das allemal, denn PVV wie FN stehen in den nationalen Umfragen konstant oben, und die FPÖ konnte zuletzt bei den österreichischen Wahlen am stärksten zulegen. Im EU-Parlament aber bilden die rechten Abgeordneten bislang keine Fraktion, sondern nur eine lose Partei namens Europäische Allianz für Freiheit mit einer Handvoll Mitgliedern. Verschwendetes Potenzial, in der Logik der Europhoben.

Marine Le Pen, die gern Präsidentin Frankreichs werden möchte, schwärmt vom bevorstehenden Zusammenschluss «aller patriotischen Parteien». Doch wie verträgt sich etwa der französische Nationalismus mit dem niederländischen? Und was können die padanischen SeparatistInnen der Lega Nord und die migrationsfeindlichen SchwedendemokratInnen füreinander bedeuten? Ist eine nationalistische Internationale nicht ein Widerspruch in sich?

Der Kitt, der all diese Kräfte vereint, ist ihre fundamentale Opposition zur Europäischen Union. Hilfszahlungen und Rettungsfonds, das sehen sowohl Heinz-Christian Strache (FPÖ) als auch Filip Dewinter (Vlaams Belang) als Geldverschwendung, als Zwangstransfer von rechtschaffenen Nord- zu faulen SüdeuropäerInnen. Zudem wird Brüssel als fremde, supranationale Elite mit dem Andauern der Krise immer mehr zum Feindbild.

Ganz ohne ideologische Vorläufer kommt das rechte Unternehmen nicht aus. Ende des letzten Jahrhunderts schon huldigte die Neue

Rechte dem Konzept eines «Europa der Vaterländer». Und die eher über regionale Identität bewegte Zunft (Vlaams Belang, Lega Nord, Alsace d'Abord) pflegt seit längerem unter dem Motto «Europa der Regionen» enge Kontakte – durchaus Ausdruck von Solidarität in einem vermeintlich gemeinsamen Kampf. Dass die Rolle dieser Parteien vielfach «Eigenes Volk zuerst» lautet, tut dem überregionalen Gekuschel keinen Abbruch.

Essenziell für den ganz grossen rechten Schulterschluss ist aber ein anderes Element: der Kurswechsel von rechtsextremen hin zu bürgerlich-rechtskonservativen Positionen. Vlaams Belang, der Front National und auch die FPÖ versuchen seit Jahren, sich von ihren rassistischen, antisemitischen und völkischen Wurzeln zu distanzieren. Selbst Vlaams-Belang-Ikone Filip Dewinter, der bei seiner Vereidigung im Parlament einst den Hitlergruss zeigte, erteilt gestiefelten Nazis inzwischen eine Absage. Unklar ist, was dahintersteckt: Altersmilde, Überzeugung oder nur strategisches Kreidefressen?

Das Bindeglied, das es den alten völkischen Haudegen erlaubte, bei den moderner auftretenden, neuen RechtspopulistInnen, etwa bei der PVV oder den Schwedendemokraten, anzudocken, war die Islamdebatte. In den letzten Jahren passten sich selbst rabiate Antiimmigrationsparteien wie Vlaams Belang und FPÖ der diskursiven Neuordnung an: Seither stehen nicht mehr AusländerInnen per se im Fokus, sondern MuslimInnen. Mit dieser Rhetorik fanden sie Zugang zur ohnehin sehr heterogenen islamkritischen Bewegung, in der sich ReligionskritikerInnen, Konservative und Rechtsextreme finden.

Heute wird allerdings neben den MuslimInnen die EU verstärkt als Feindbild betrachtet – in den Niederlanden hat man den wildersschen Fokuswechsel längst zur Kenntnis genommen. Nun schickt dieser sich an, auf der Rechten die Reihen zu schliessen. Wilders und Le Pen werden sich Mitte November in Den Haag erneut treffen. Auf dem Programm, so der PVV-Chef, steht neben der «Wiederherstellung der nationalen Souveränität» auch die «Massenzuwanderung».

Vielleicht kann man hoffen, dass das Projekt am Ende doch wieder an Streitigkeiten scheitert, wie bei Identität, Tradition Solidarität (ITS), einer kurzlebigen patriotischen Fraktion im EU-Parlament im Jahr 2007. Jedoch ist eher zu befürchten, dass sich ein in Europa bereits weitverbreitetes nationales Phänomen nun auch in Brüssel ausbreitet: Mainstreamparteien, die ihre politischen Ziele nach rechts verschieben, um den rechtspopulistischen Aufschwung auszubremmen.

KROATIEN

«Im Namen der Familie» gegen die Regenbogenfamilie

Die kroatische Regierung will mit einem umfassenden Gesetz die rechtliche Situation von lesbischen und schwulen Paaren regeln. Eine Kampagne kämpft mit einem Referendum dagegen an.

VON CAROLINE AUSSERER, ZAGREB

Seit über zehn Jahren sind die 32-jährige Zeljka und die 42-jährige Sanda* aus Zagreb ein Paar. Nun wünschen sie sich ein Kind. Doch in Kroatien ist ein solcher Wunsch für ein lesbisches Paar fast unmöglich zu erfüllen, denn das gesellschaftliche Klima gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgenderpersonen (LGBT) ist schwierig. So gaben bei einer Umfrage der EU-Grundrechtsagentur von 2012 sechzig Prozent der befragten LGBT-Personen an, wegen ihrer sexuellen Orientierung schon einmal diskriminiert worden zu sein – das zweithöchste Ergebnis nach Litauen.

«Unsere rechtliche Situation als lesbisches Paar ist grauenhaft», sagt Zeljka. Auch aus diesem Grund leben sie und Sanda ihre Partnerschaft nicht offen und wägen vorsichtig ab, wem sie davon erzählen und wem besser nicht. Wenn sich etwa ihre NachbarInnen für ihre Art der Beziehung interessieren, sagen sie jeweils, sie seien «Familie». Gemäss Zeljka hätten sie «kaum Rechte, schon gar nicht auf gemeinsame Kinder». Weil es in Kroatien keine Samenbank gibt, fährt Zeljka deshalb seit längerem einmal im Monat zur künstlichen Befruchtung in eine Klinik in einem Nachbarland, das nicht genannt werden soll, damit auch das Paar unerkannt bleibt. Doch auch dort kann sie nicht offen sein. «Damit ich in der Klinik behandelt werden kann, muss ich lügen und sagen, ich sei alleinstehend und heterosexuell», sagt Zeljka.

Teil eines Reifungsprozesses

Zwar gibt es in Kroatien bereits seit 2003 ein Gesetz über gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Es wird aber kaum angewandt und regelt lediglich die Aufteilung von Gemeinschaftsbesitz sowie Unterhaltszahlungen nach einer Trennung. Jetzt sollen die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare erweitert werden. Dafür engagiert sich die seit 2011 regierende und von den SozialdemokratInnen (SDP) geführte Mitte-links-Allianz Kukuriku.

Geregelte Partnerschaften

Die registrierte Lebenspartnerschaft soll in Kroatien gesetzlich geregelt werden. Bevor der Vorschlag der Regierung ins Parlament zur Abstimmung kommt, wird er demnächst während dreissig Tagen öffentlich diskutiert.

Mit achtzig Artikeln würden durch das Gesetz viele Bereiche einer registrierten Lebenspartnerschaft geregelt – etwa das Erbrecht, das Recht auf Freistellung von der Arbeit, wenn der oder die PartnerIn krank ist, oder Pensionsrechte. Der Entwurf soll voraussichtlich noch vor Jahresende verabschiedet werden.

Für Visnja Ljubicic, Ombudsfrau für die Gleichberechtigung der Geschlechter der Republik Kroatien, ist ein starker politischer Wille spürbar. «Deshalb habe ich zusammen mit nichtstaatlichen Organisationen vorgeschlagen, einen Gesetzesentwurf zu initiieren», sagt Ljubicic gegenüber der WOZ. Ihr Amt wurde 2008 geschaffen, als ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet wurde. Dies war eine der Bedingungen zur Aufnahme Kroatiens in die EU. «Das heutige Kroatien ist ein sehr junges Land, und wir müssen noch einiges über Menschenrechte und Demokratie lernen», sagt Ljubicic und weist auf rechtliche Fortschritte insbesondere bei der Bestrafung von Hassverbrechen, die sich etwa gegen Menschen mit einer bestimmten sexuellen Orientierung richten.

Doch können Gesetze tatsächlich eine Gesellschaft und vor allem tiefsitzende Vorurteile verändern? Für Ljubicic ist klar, dass eine wirksame Umsetzung von Gesetzen wesentlich dazu beitragen könne, die Menschen zu erziehen. «Das Wichtigste aber ist und bleibt die Bildungs- und Aufklärungsarbeit – besonders für junge Menschen», sagt sie. Branko Smerdel, Professor an der Rechtsfakultät in Zagreb, formuliert es vorsichtiger: «Meine Vorstellung,

dass sich vieles mit einer guten Gesetzgebung quasi von selbst ergibt, musste ich im Lauf der Zeit ablegen.» Das gelte besonders dann, wenn «die Gesetze für viele Menschen zu weit gehen und eine Gesellschaft noch nicht bereit ist für gewisse Veränderungen». In diesem Fall existierten Gesetze nur auf dem Papier.

Dass der Kampf für gleiche Rechte von LGBT-Menschen noch lange dauern wird, zeigte im Mai der Erfolg der Initiative Im Namen der Familie, bei der es darum geht, die Definition der Ehe als eine Verbindung ausschliesslich zwischen Mann und Frau verfassungsmässig festzulegen. Innerhalb von nur zwei Wochen gelang es den InitiantInnen, 750 000 Unterschriften für ein Referendum zu sammeln – das entspricht über einem Sechstel der gesamten Bevölkerung. Das Referendum wird am 1. Dezember abgehalten.

Für Zeljko Reiner, Abgeordneter der konservativen Oppositionspartei Kroatische Demokratische Union (HDZ) handelt es sich beim Referendum um die «Reaktion des konservativen Teils der Bevölkerung auf die in ihren Augen fragwürdigen Vorhaben der Regierung». Gemäss Reiner sei der Gesetzesvorschlag der Regierung nur ein Versuch, von den tatsächlichen Problemen wie etwa der schlechten wirtschaftlichen Lage Kroatiens abzulenken. Nansi Tireli von der linkspopulistischen Partei der Arbeit versteht den Konflikt um das neue LGBT-Gesetz hingegen schlicht als ideologischen Kampf zwischen linken und rechten Gruppen. «Jede Veränderung ist das Ergebnis eines Reifungsprozesses. Nur so entwickelt sich Demokratie.» Und dafür sei das geplante neue Gesetz genauso notwendig wie das Referendum.

«Betreuerin» statt «Mama»

Härtere Töne schlagen LGBT-AktivistInnen an. Sie wollen gegen das Referendum beim Verfassungsgericht Klage einreichen. «Hier geht es um Menschenrechte, und darüber sollte nie in einem Referendum entschieden werden», sagt Sanja Juras, Leiterin der lesbischen Menschenrechtsorganisation Kontra. Die Initiative sei eine reine Hetzkampagne. So ergibt es für Juras keinen Sinn, eine Definition in die Verfassung schreiben zu wollen, die bereits im Familienrecht enthalten sei. Hinter der Kampagne seien deutlich die Kirche und andere konservative Kreise auszumachen.

Trotz der medial wirksamen Proteste ist die SDP-Abgeordnete Gordana Sobol zuversichtlich, dass das neue Gesetz verabschiedet wird. Sie schreibt dies den zahlreichen Kompromissen zu, die im Vorschlag enthalten sind: «Für die einen ist es wichtig, dass wir nicht von «Familie» und «Ehe» sprechen, und für die anderen, dass wir ihre rechtliche Situation endlich regeln», sagt Sobol. Ein Recht auf Adoption ist allerdings auch im neuen Text nicht vorgesehen. «Es ist noch nicht an der Zeit, über gleiche Adoptionsrechte zu sprechen.» Im Entwurf sei nur festgehalten, dass ein Gericht von Fall zu Fall entscheiden solle, wenn es um die Frage der elterlichen Fürsorge einer gleichgeschlechtlichen Partnerin beziehungsweise eines gleichgeschlechtlichen Partners gehe. Bezeichnungen wie «Mutter», «Vater» oder «Familie» wurden im Gesetzesentwurf zudem vollumfänglich vermieden.

Im Fall von Zeljka und Sanda würde dies bedeuten, dass Sanda nicht etwa als zweite Mutter anerkannt wäre, sondern als «Skrbnik» bezeichnet wird, was so viel heisst wie Betreuerin oder Bezugsperson. Sanda fürchtet allerdings die Möglichkeit, dass ihr ein Gericht überhaupt keine Rechte über das Kind ihrer Partnerin einräumen könnte. Zeljka hingegen sieht das neue Gesetz als einen ersten Schritt hin zu mehr Rechten. Bis diese vollumfänglich umgesetzt sind, will das lesbische Paar erst einmal ein Kind bekommen und seine Partnerschaft danach eintragen lassen – zum Preis, dass Zeljka bei ihrem monatlichen Termin in der ausländischen Klinik oder gegenüber ihren NachbarInnen weiterhin lügen muss.

*Beide Namen geändert.